

Schriftlicher Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen
(15. Ausschuß)**

**über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines
Gesetzes zu dem Protokoll vom 30. Oktober 1964 und dem
Zweiten Protokoll vom 17. November 1966 zur Verlängerung
der Erklärung vom 13. November 1962 über den vorläufigen
Beitritt der Vereinigten Arabischen Republik zum Allgemeinen
Zoll- und Handelsabkommen**

— Drucksache V/2027 —

A. Bericht des Abgeordneten Dr. Serres

Der Gesetzentwurf — Drucksache V/2027 — wurde in der 121. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. Oktober 1967 dem Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen federführend sowie dem Auswärtigen Ausschuß und dem Ausschuß für Entwicklungshilfe zur Mitberatung überwiesen. Die mitberatenden Ausschüsse haben dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Gemäß der Erklärung der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 13. November 1962 ist die Vereinigte Arabische Republik dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen vorläufig beigetreten. Diese Erklärung war bis zum endgültigen Beitritt der VAR zum GATT, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1964 befristet und ist für die Bundesrepublik am 17. Januar 1965 in Kraft getreten.

Am 30. Oktober 1964 stimmten die Vertragsparteien dem Protokoll, das eine Verlängerung der

Erklärung bis zum endgültigen Beitritt der VAR zum GATT, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1966 und am 19. November 1966 dem Zweiten Protokoll zu, das eine weitere Verlängerung bis zum endgültigen Beitritt der VAR zum GATT, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1967 vorsieht.

Mit den genannten Protokollen vom 30. Oktober 1964 und vom 19. November 1966, die die Geltungsdauer der Erklärung vom 13. November 1962 verlängern, soll die VAR, die gemäß den Beschlüssen der Vertragsparteien vom 13. November 1962 und vom 20. Dezember 1966 schon vor ihrem endgültigen Beitritt zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen an den Arbeiten der Vertragsparteien teilnimmt, die Möglichkeit zur Vorbereitung ihres endgültigen Beitritts gegeben werden.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen empfiehlt dem Hohen Hause, dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Bonn, den 23. November 1967

Dr. Serres
Berichterstatter

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
dem Gesetzentwurf — Drucksache V/2027 — unver-
ändert zuzustimmen.

Bonn, den 23. November 1967

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen

Dr. h. c. Menne (Frankfurt)
Vorsitzender

Dr. Serres
Berichtersteller